

Pressemitteilung

Reaktion der Regierung auf unsere Mitteilung vom 03-09-2015

Eupen, den 07.09.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf die Reaktion der Regierung bezüglich unserer Stellungnahme möchte die Vivant Fraktion kurz Stellung beziehen.

Menschen in Not-muss geholfen werden, dies ist ein Gebot der Menschlichkeit und dies hat Herr Balter Herrn Paasch geantwortet und auch im Präsidium hat er dies klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Herr Balter hatte auch erwähnt, dass wenn man dies macht, auch die beiden anderen Empfangszentren in Manderfeld und Eupen mit einbezogen werden müssten.

Dies wurde im Präsidium seitens des Parlamentspräsidenten bejaht.

Herr Paasch war im Präsidium nicht anwesend, er hat sich durch seinen Kabinettschef vertreten lassen.

Dass Herr Balter sich die Meinung der Gruppe in dieser Angelegenheit einholt, ist selbstverständlich und dass man dies kontrovers diskutiert auch.

Nach Rücksprache mit dieser, hat Herr Balter dann die differenzierte Stellungnahme der Gruppe Herrn Paasch übermittelt: Hilfe anbieten ja, aber Vorsicht bei einer uneingeschränkten Solidaritätsbekundung.

Denn ohne Ursachenforschung könnte dies auch als Hinnahme der Ereignisse auf der Flucht (Schlepperbanden,..) und der EU Außenpolitik gewertet werden und somit müsste man gleichzeitig auch die Ursachen und Hintergründe ansprechen.

Auch dies hat Herr Balter im Präsidium angesprochen.

Die anderen Parteien und die Regierung sahen dies bekanntlich anders.

Somit waren und sind wir mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise der Regierung nicht einverstanden und haben dies im Präsidium, und sachlich in unserer Pressemitteilung vom dritten September, zum Ausdruck gebracht. Nachzulesen unter: www.vivant-ostbelgien.org

Das heißt aber nicht, dass wir nicht bereit sind mit den Betroffenen zu reden, als Humanisten ist dies unsere Pflicht und dazu stehen wir.

Im Übrigen haben wir nie erwähnt, dass wir die Flüchtlinge nicht besuchen werden.

Im Gegenteil, in unserer Pressemitteilung vom 03-09, also am letzten Donnerstag haben wir folgendes erwähnt:

Zitat: „Wir werden uns auch vor Ort begeben und mit den Flüchtlingen, mit Anwohnern und mit den Verantwortlichen von Fedasil ein Gespräch führen, und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen dass im PDG und in der Öffentlichkeit die Ursachen mehr und mehr angesprochen werden, und hier ist auch eine gemeinsame Solidarität aller Parteien gefragt.“

Nur werden wir dies mit einer anderen Haltung machen.

Seit Jahren hat die Vivant Fraktion im PDG vor den Folgen von internationalen Abkommen, insbesondere von Freihandelsabkommen der EU mit Dritt-Weltländern, gewarnt. Die Mehrheitsparteien und auch große Teile der Opposition haben dies immer ignoriert, nachzulesen in den verschiedenen Ausführlichen Berichten des PDG.

Nun, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, bekunden europaweit Politiker aller Couleur Solidarität, ohne auf die Ursachen und Hintergründe hinzuweisen.

Aber wo war denn damals ihre Solidarität?

Die jetzt eingetretene Situation ist seit Jahren hervorsehbar gewesen, aber dies wurde verdrängt.

Somit bleiben wir dabei, dass die Solidaritätsbekundungen der amtierenden Regierung der DG und der Verantwortlichen der EU und anderen EU Ländern, in Anbetracht der Tatsache,

- dass man jahrelang dieses Problem ignoriert hat,
- dass man alle Freihandelsabkommen mit Dritt-Weltländern zugestimmt hat
- und dass man die Probleme im Nahen Osten ignoriert bzw. der Führung der EU, der USA und der Nato gefolgt ist,

als unaufrichtig, ja heuchlerisch.

Und beschämend ist sicherlich nicht unsere Pressemitteilung und auch nicht unser Verhalten in dieser Angelegenheit, sondern beschämend war das Verhalten und die Abstimmungen im Parlament der DG, der Mehrheit und großer Teile der Opposition zu diesen ausbeuterischen Abkommen, welche die EU ausgehandelt und die Mitgliedsländer zugestimmt haben.

Wenn die Probleme vor Ort erscheinen, werden plötzlich alle emsig, aber jahrelang hat man geschwiegen und die Probleme unter den Teppich gekehrt.

Und man ist unangenehmen Fragen aus dem Wege gegangen.

Wir wünschen uns eine gemeinsame Solidarität aller Parteien und auch der Bevölkerung, um die Ursachen dieser Misere anzugehen.

Des Weiteren verweisen wir auf unsere diesbezügliche Stellungnahme vom 03-09-2015.

Nachzulesen unter: www.vivant-ostbelgien.org

Beste Grüße

Für Vivant-Ostbelgien - Michael Balter - Alain Mertes -